

GEGEN DRUCK

linke Monatszeitung aus Bielefeld

21
März 1998

3 **Marines nicht zu haus ...**
Der ausgebliebene Golfkrieg und die deutsche Gelassenheit

4 **Gehe über Los und ziehe nichts ein**
Eine Zusammenfassung der Ereignisse um den Pavi

5 **Staatlichen Rassismus stoppen!**
Antifaschistische Demonstration in Legden

6 **Grüne KDP-Connection**
Geschäftstelle der Grünen besetzt

Testergebnisse des zweiten Elchtests:

Arbeitslose und Arbeitende aller Länder – vereinigt Euch!

Am 5.3. fand mit der Veröffentlichung der neuen, offiziell wohlgestalteten Arbeitslosenzahlen ein zweiter bundesweiter Aktionstag statt.

In Berlin fand die diesmal größte Demonstration mit ca. 2000 Erwerbslosen zum Landesarbeitssamt statt. Aktionen gab es landauf, landab: in Nürnberg; Duisburg, Frankfurt, Düsseldorf, Rostock, Potsdam, Ulm und Gotha wurde demonstriert, Kundgebungen abgehalten, Luftballons mit Bewerbungen fliegen gelassen, versucht Arbeitsämter zu besetzen und Gott um Arbeit angebetet.

In Bielefeld begann der Aktionstag frühmorgens um kurz nach fünf mit der Unterstützung der Streikposten der seit Monaten bestreikten Firma *Schilder Warweg*. Nach einem Frühstück im IGM-Haus zog ein Demonstrationszug vom Kindergarten Weißenburger Str. durch die Innenstadt. Rund 250 DemonstrantInnen forderten auf der Abschlußkundgebung auf dem Jahnplatz Jobs und Geld für alle. In dem Redebeitrag der *Neue A-Klasse – Bielefelder Aktionsbündnisses gegen Armut und Erwerbslosigkeit* wurde das bisherige Ignorieren ihrer politischen Forderungen kritisiert und zu Solidarität mit den Arbeitslosen und Arbeitenden aufgerufen. Die Forderungen im einzelnen sind:



- ein gesetzlich garantiertes Mindesteinkommen von 1.500 DM plus Warmmiete
- die sofortige Anhebung aller Sozialleistungen um 200 DM
- die Zahlung eines Urlaubsgeldes für Erwerbslose von 300 DM
- keine Zwangsarbeit für SozialhilfebezieherInnen und Erwerbslose
- eine Million öffentlich geförderter Normalarbeitsverhältnisse
- Rücknahmen aller „Arbeitsförderungsgesetze“, die seit dem 1.7. '96 in Kraft sind
- Neueinstellungen statt Überstunden
- die 30-Std.-Woche mit Personal- und Lohnausgleich für untere und mittlere Gehaltsgruppen



Die neue A-Klasse?

In Anlehnung an den letzten Satz des 1848 veröffentlichten *Manifests der Kommunistischen Partei* wurde eine aktuelle kapitalistische Entwicklung aufgegriffen.

Etwa sieben Millionen Menschen in der BRD dürfen im Moment ihre Arbeitskraft nicht verkaufen; damit sie sich – ihrer sozialen Lage bewußt – nicht wehren, wird in der parlamentarischen Politik Optimismus verbreitet, ihre ökonomische Situation verbessern zu wollen.

Die politische Strategie sah bislang vor, den Druck auf die statistisch erfaßten Arbeitslosen zu er-



Endlich Sommer?

Tja, so langsam wird es Frühling ... wie gerne würden auch wir das laue Wetter und Leben genießen, die Eisdielensaison eröffnen und dasselbe schleckend durch die Gegend bummeln.

Stattdessen verbringen wir unsere freie Zeit in vollgerauchten Räumen, zerbrechen uns die Köpfe über Pläne zur Weltrevolution, begleitet vom ständigen Surren des treuen Rechners statt vom lieblichen Gezwitscher noch viel lieblicherer Vögel.

Eis gibt's höchstens nur mal schnell zwischendurch neben anderem Fastfood, denn wie wohl allen bekannt sein sollte, kann die Weltrevolution nicht warten.

Wäre sie endlich schon da, würden die frühlinghaften Vogelgesänge hoffentlich nicht mehr von „Arbeit für alle“-Protestrufen übertönt, wie sie derzeit überall zu hören sind.

Endlich könnten sich dann alle den Bauch krawlen und gemeinsam mit uns das Faulsein genießen ... außer unseren gefiederten Freunden natürlich, denn die müssen ja weiter zwitschern, um uns den Frühling nicht zu versauen!

In der Hoffnung auf Sommer ...

die Redaktion



höhen, indem sie nachweisen müssen, einen Arbeitsplatz zu suchen. Auch eine Arbeitspflicht ohne Sozialversicherung, jenseits der Tarifstandards, für Arbeitslose und Sozialhilfeberechtigte wird diskutiert. Sie erinnert mehr an eine moderne Form der Zwangsarbeit oder Zwangsbeschäftigungstherapeutische Maßnahmen, als an eine wirkliche Verbesserung der schlechten ökonomischen Lebenssituation.

Mit dieser Politik wird erreicht, daß ein Klima der Mißgunst, des Sozialneides entsteht zwischen denen, die noch einen Arbeitsplatz haben und wo dies als Druckmittel gegen Verbesserungen der Arbeitssituation und Lohnerhöhungen fungiert, und denen, die keinen haben und den Druck des vorgegaukelten individuellen Versagens und des geringen finanziellen Einkommens zu spüren bekommen. So wird das sich ursprünglich gleichende Interesse der Arbeitslosen und Arbeitenden verschleiert und verdreht. Ein Interesse, daß sich kurz als: leben können, ohne von ständigen Existenzsorgen geplagt zu sein, zusammenfassend



menfassen läßt.

Wie das aussehen kann, wie das gesellschaftlich umzusetzen ist, ist ein heiß diskutiertes Thema.

Den breitesten Raum nimmt dabei vermutlich die Umverteilungsdebatte ein. Ausgehend davon, daß genug Geld und Arbeit da sei, es nur nicht gerecht verteilt sei, ist der Streit über eine „gerechte“ Verteilung entbrannt.

Die Forderungen der *Neue A-Klasse* nach Jobs und Geld für alle bewegt sich in diesem Spielraum. Auch wenn sich die Forderungen für die Erwerbslosen und nach einem garantierten Mindesteinkommen für alle von dem in den Medien wahrnehmbaren Mainstream des „Gürtel-enger-schnallens“ positiv abhebt.

Eine Debatte darüber, was und wann etwas gerecht ist, führt zu einer Ausgrenzungs- und Kontrollpolitik, solange als Maßstab die Verwertbarkeit in der warenproduzierenden Gesellschaft im nationalstaatlichen Vergleich gesetzt wird.

In die Frage nach gerechter Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums fügt sich die „ökono-



mischer Standort Deutschland sichern“ - Diskussion, genauso wie die Abschottungs- und Abgrenzungspolitik gegen Flüchtlinge und MigrantInnen, oder der Lauschangriff, sowie die erneuten Vorstöße für eine Verschärfung des §218, nahtlos ein.

Neue Arbeitskonzepte wie unentgeltliche Bürgerarbeit für den guten Zweck und zur Verbesserung der Anerkennung des sozialen Status, sogenannte kommunitaristische Konzepte, oder die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen durch Arbeitszeitverkürzungen, mögen zwar zeitweise positive Auswirkungen auf das Wohlbefinden der Individuen haben, ändern jedoch nichts an den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen, die diese Probleme hervorbringen.

Letzteres gilt auch für die Entwürfe der ökologischen Steuerreform. Die Erfahrung zeigt, daß Steuerreformen grundsätzlich heißen: mehr Steuern zahlen, dadurch teurere Waren und ein weiteres Absinken des ohnehin miserablen Kontostandes, und kein Eintritt der geplanten „Verbesserungen“, da in der Zwischenzeit auch noch andere Löcher im Haushaltstopf aufgetreten sind, die durch die Steuermehreinahmen gestopft werden konnten.

Eine Frage, die selten gestellt wird ist die, wofür überhaupt produziert wird und was der ganze Kokolores, der damit zusammenhängt, bewirken soll.

Eine ehrliche Antwort darauf wäre festzustellen, daß für ein anzweifelbares Profitinteresse produziert wird, und das damit eine Menge der bekannter Probleme entstehen, womit ja auch nichts neues verraten wird.

Cornelia Meier



Impressum

Kontakt: Redaktion GegenDruck, c/o Infocafé
Anschlag, Heeper Str. 132, 33607 Bielefeld bzw.
gegendruck@bionic.zerberus.de

Auflage: 2.000
Druck: im Eigendruck
V.i.S.d.P.: A. Kolontai

Bankverbindung: Kto. „Verein JZ Bünde“
Nr. 210 012 902 bei der KSK Herford,
Blz. 494 501 20, Stichwort „Medien“

GegenDruck erscheint im World Wide Web unter
<http://www.nadir.org/nadir/periodika/gegendruck> und im
CL-Netz unter /cl/antifa/magazine.

GegenDruck ist im Abonnement erhältlich: 6 Ausgaben x 1 Exemplar kosten DM 10, 6 x 2-5 Exemplare kosten DM 25, 6 x 6-10 kosten DM 40, 6 x 11-50 kosten DM 50. Förderabos gibt es ab DM 3 im Monat. Spenden in aller Form sind immer willkommen. Ein kostenloses eMail-Abo ist im ASCII-Format erhältlich.

Die nächste GegenDruck erscheint am 1.4.1998. Redaktions-schluß ist der 25.3.1998. Artikel der Redaktion sind mit *gd* gekennzeichnet, andere Artikel geben unsere Meinung wieder oder nicht.

Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung bleibt solange Eigentum des Absenders/der Absenderin bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. Zur-Habe-Nahme ist keine Aus-händigung im Sinne dieses Vorbehaltes. Nicht ausgehändigte Exemplare oder Teile, und nur diese, sind dem/der AbsenderIn unter Angabe der Gründe der Nichtaus-händigung zurückzusenden.

Marines nicht zu haus ...

Der dritte Golfkrieg ist ausgeblieben. Die jüngste Krise, die vordergründig aus der Auseinandersetzung um die UNO-Kontrollteams entstanden war, verflüchtigte sich nach der Unterzeichnung eines Dokumentes durch den UN-Generalsekretär Kofi Annan und den irakischen Außenminister Tarik Asiz in Wohlgefallen. Der Irak sah seine „nationale Würde“ gewahrt, die USA zeigten sich „nach eingehender Prüfung der Vereinbarungen“ „durchaus zufrieden“ wie US-Außenministerin Madelaine Albright verlauten ließ.

Eine Entwicklung, die sich nach den militärischen Drohgebärden der USA – die auch die als „allerletzte Chance“ titulierte Verhandlungsmi-ssion Annans skeptisch beurteilten und sich bei Nichtgefallen einer Vereinbarung einen Militärschlag auch ohne UN-Mandat vorbehalten hatten – nur als strategische Niederlage der US-Administration gewertet werden kann. Führten 90/91 die USA noch eine denkbar breite Anti-Irak Koalition an, so beschränkte sich die Gefolgschaft dieses Mal im wesentlichen auf Großbritannien. Die anderen ehemaligen Verbündeten übten sich in Zurückhaltung, wenn sie nicht gar zum propagandistischen Gegenschlag ausholten, der einen sichtlich derangierten Boris Jelzin bis zu der Drohung führte, Bill Clinton provoziere am Golf einen Weltkrieg.

Ogleich die erzielte Einigung letztlich die wesentlichen Forderungen der USA erfüllt und selbst der umstrittene Chef der Kontrollkommission, Butler, im Amt geblieben ist, hat sich gezeigt, daß die USA in Zukunft verstärkt damit rechnen müssen, daß andere Staaten ihre Interessen gegen die USA durchsetzen.

Kalte Schulter für Clinton

Was die BRD betrifft, zeigt sich dabei eine durchaus konsequente Entwicklung. Wurde noch 1990 eine deutsche Beteiligung an der Golfkriegsallianz allenthalben angepriesen und schließlich die Entsendung von etwas über 3000 deutschen Soldaten in die Türkei im *Spiegel* als größter deutscher Militäreinsatz Deutschlands außerhalb des eigenen Territoriums seit dem zweiten Weltkrieg abgefeiert, so zeigte die Bundesregierung den USA diesmal die kalte Schulter. Dies verweist darauf, daß es inzwischen nicht mehr darum geht, die BRD als handlungsfähige internationale Macht darzustellen, sondern die wiedergewonnene Handlungsfähigkeit in eine konsequent auf nationale Interessen gerichtete Außenpolitik umzusetzen. Die rüde Brüskierung amerikanischer Diplomaten auf der Münchner Wehrkundeta- gung durch Kohl spricht eine deutliche Sprache: in Zukunft werden sich die europäischen Staaten, namentlich Deutschland und Frankreich, ihre eigene Strategie zurechtlegen. Es ist kein Zufall, daß sich mit Großbritannien ausgerechnet der

Staat auf die Seite der USA geschlagen hat, der der Achse Deutschland-Frankreich kritisch gegenübersteht.

Interessanterweise entspricht die hiesige Kommentierung der Ereignisse ziemlich genau dieser Entwicklung. Gegenüber den hitzigen Auseinandersetzungen, die sowohl die bürgerlichen Medien als auch die Linke in Bellizisten und Pazifisten spaltete, zeichneten sich Berichterstattung und Debatte diesmal durch eine fast provozierende Lässigkeit aus. Fernsehberichte über die Verteilung von Gasmasken an die israelische Zivilbevölkerung verzichteten an keiner Stelle auf den Hinweis, daß die Stimmung in Israel „gelassen“ sei, mit Ausnahme einiger kleinerer Demonstrationen gab es keine friedensbewegten Aktionen und die sogenannte „Levinisky-Affäre“ Clintons hielt sich hartnäckig in den Medien – z.T. als möglicher Kriegsgrund, immer aber mit hämischen Unterton. Wo vor sieben Jahren Transparenz mit der Aufschrift „Dieser Krieg ist nicht unser Krieg“ hochgehalten wurde, transportierte Kohls halbherzig vorgetragene Bündnistreuebeschwörung nun dieselbe Botschaft.

Vom Staatsmann zum Irren und zurück

Diese neue Gelassenheit verweist auf den hohen Grad an Zustimmung für eine Außenpolitik, die konsequent nationale Interessen verfolgt und

entlarvt im nachhinein noch einmal das humane Mäntelchen, daß sich die Interventionspolitik der Bundesregierung bei bisherigen Militärationen noch umzuhängen pflegte – die Entwaffnung des Irak ist nicht im Interesse der deutschen Außenpolitik. Dazu paßt der Versuch, die Aufhebung des Embargos gegen den Irak als Gegenleistung für eine Duldung der UN-Inspektoren ins Spiel zu bringen. Milliarden schwere Aufträge im Irak sind bereits abgeschlossen, die beteiligten Konzerne – vor allem, welche Überraschung, deutsche und französische – warten nur noch auf das Ende der Handelsbeschränkungen. Da überrascht es nicht, daß Saddam Hussein in den deutschen Medien vom „Irren am Golf“, dem „neuen Hitler“, zum jovialen Staatsmann (zurück)mutiert, der mit „diplomatischem Geschick“ um die Lockerung des Embargos „pokert“.

Eignete sich also der Golfkrieg 90/91 zur emotionsgeladenen Parteinahme, wahlweise für „Freiheit und Demokratie“, für „den Frieden“ oder gegen Saddam Hussein, so entkleiden die Konflikte der globalen innerkapitalistischen Konkurrenz sich selbst ihrer ideologischen Bemäntelung. Wo es vor allem darum geht, wer wem das Geschäft verdirbt, eignen sich die universellen Werte der „Weltgemeinschaft“ immer weniger zur Vermittlung.

Wolfgang P. Müller

... Marines allein am Golf



Gehe über Los und ziehe nichts ein – und wer hat die Schloßallee?

Momentan ist Ruhe eingekehrt um die Einrichtung der *Kontaktstelle für Abhängige von illegalisierten Drogen*. Geeignete Räumlichkeiten scheinen gefunden, die letzten Klagen von AnwohnerInnen sind abgewiesen, der ehemalige „Drogenpavillion“ ist abgerissen, die mobile Polizeiwache vor der Drogenberatungsstelle ist abgerückt und die Kontaktstelle steht kurz vor der Eröffnung.

Erhitzten sich noch vor wenigen Wochen die Gemüter, wurden bei jedem neuen möglichen Standortvorschlag der Kontaktstelle eiligst Nachbarschafts- und Bürgerinitiativen gebildet (*gd* berichtet). ChefInnen mit ArbeiterInnen, LehrerInnen mit SchülerInnen, Alternative mit Konservativen und Liberalen empörten sich gemeinsam, zwar mit teilweise unterschiedlichen Argumenten, dennoch gegen eine Kontaktstelle in ihrer Nähe.

Ach, tut das gut, wenn die Massen, so in einer Linie, gemeinsam ihre Meinung vertreten. Das hat so einen Hauch von Demokratie, ihr wißt schon, da wo jeder mit der Faust auf den Tisch hauen darf und sagen: so nich, nicht mit mir und nicht hier und jetzt, alles andere ist mir schnuppe. Und wenn ganz viele hauen, nein, dann gibt es kein Erdbeben, dann haben sie eine Mehrheit. Und die Mehrheit gewinnt in der heutigen Demokratie. Immer. Also ist doch ganz einfach, kräftig mitgehauen, auf den Tisch, versteht sich, oder du gehörst zur Verliererseite. Da wirste dann meistens im Regen stehengelassen. Wörtlich. Im Regen der Besserwisserei, was sich gehört und was nicht, und das es eh schon vorher klar war, daß man mit solchen spinnerten Ideen nicht weit kommt.

Scherz beiseite, zurück zum ernstesten Thema und die Highlights kommen wie erwartet erst am Schluß.

Die letztendliche Entscheidung des Stadtrates für die Einrichtung der Kontaktstelle im Veterinäramt ist natürlich nicht ohne Befriedigungsgeständnisse zugunsten der eigentumschützenden Initiativen gefallen. Die Maßgaben, unter denen ein Entscheidung herbeigeführt werden konnte,

sollen binnen sechs Monaten nach Inbetriebnahme umgesetzt worden sein, ansonsten soll der Standort aufgegeben werden. Zu den einfach zu erfüllenden Maßgaben gehört, daß nur BielefelderInnen „betreut“ werden sollen. Fragt man nach dem Sinn, kommt man hier auf den Gedanken, daß der Fetisch Sparen zugeschlagen hat, illegalisierte Drogen als ein „Großstadt“-problem ausgemacht werden und auswärtige BesucherInnen der Einrichtung schlechte Karten haben, da es auf dem Land keine vergleichbaren Einrichtungen gibt.

Desweiteren soll ein Nachbarschaftsbeirat gebildet werden. Unklar ist welche Funktionen oder Befugnisse dieser haben soll. Also ein Mitsprache- und Entscheidungsrecht oder die Ausrichtung einer Selbsthilfegruppe gegen die Ängste der „betroffenen“ AnwohnerInnen. Als letzter Punkt findet sich einer, der am schwierigsten einzuschätzen und damit eine sehr streitbare Maßgabe ist. Es soll eine offene, unkontrollierte Szene in Bielefeld vermieden werden. Nicht geäußert wurde sich bislang, wie und wer das beurteilt oder beurteilen kann. Es braucht also nur jemand auf die Idee kommen, eine Gruppe Menschen an einer nahegelegenen Staßenecke, die von den Äußerlichkeiten(!) als der Szene zugehörig identifiziert werden können, als Beweis für eine offene Szene halten, da sich diese ja nicht mehr auf dem ihnen zugewiesenen öffentlichen Gelände befinden.

Der Einrichtung von sogenannten „Fixerstuben“ oder Gesundheitsräumen, in denen sich in einer hygienisch akzeptablen Umgebung ein „Schuß“ gesetzt und gebrauchte Spritzen gegen sterile getauscht werden können, wurde aus mehreren Gründen, unter anderem der rechtlichen Grauzone, abgelehnt. Der Kommentarschreiber des *Westfalenblatts*, Manfred Matheisen, begrüßte das Querstellen der CDU mit folgenden Worten: „Wenn die Stadt selbst – oder ein von ihr beauftragter Träger – Räume bereitstellt, in denen sich Süchtige Spritzen setzen dürfen, wie will man jungen Leuten dann noch klar machen, daß Drogen Leben vernichten können?“ Abgesehen davon, daß junge Leute vermutlich weniger zu seinem Leserklientel gehören, sei im geraten, wenn er schon auf die lebensgefährdende Wirkung von Drogen hinauswill, es anhand von den bisher öffentlich erlaubten und geförderten Drogen, wie Alkohol oder Nikotin zu erklären.

Diese Aufgabe sollen eigentlich StudentInnen der *Fachhochschule für Sozialwesen* in Bielefeld erlernen und übernehmen. Das haben sie auch ganz gut raus, deshalb konnte die Studen-

tische Initiative die Zusammenhänge und den Status der Abhängigen von illegalisierten Drogen ihrem Dekan erklären. „Ein kausaler Zusammenhang, daß Abhängige gleichsam kriminell seien, ist nicht existent, da sie erst durch gesellschaftliche Lebensbedingungen kriminalisiert werden. Typisch für die in der Stellungnahme propagierte -offene Hochschule- ist, daß die Realität, die konkreten Lebensbedingungen ausgeblendet werden. Statt menschliche Lebensverhältnisse für alle Menschen zu schaffen, wird ein Menschenbild vertreten, daß den Menschen auf ein einziges Merkmal reduziert (z.B. Abhängigkeit) und marginalisierte Gruppen ausgrenzt. Die Konsequenz daraus bedeutet, daß diese Randgruppen und Minderheiten gegeneinander ausgespielt und durch das Kapital instrumentalisiert werden („Der nützliche Feind Junkie“). Aus einer solchen Logik zielen elitäre Bevölkerungsgruppen ihren Nutzen.“

Diesem Brief war eine Tischvorlage vorausgegangen, indem der geplante Standort in der ehemaligen Kaserne begrüßt wurde, der wollte der Dekan aber aus folgenden Gründen nicht zustimmen: „Die geplante Einrichtung eines „Drogenpavillons“ im gleichen Gebäudekomplex ist bei allem Verständnis für die Notwendigkeit eines Hilfsangebotes für Drogenabhängige mit dieser Zielsetzung (der Hochschule – die Redaktion) nicht vereinbar. Wie die Erfahrungen der Fachhochschule Bielefeld an einem früheren Standort und die Erfahrungen andernorts gezeigt haben, ist ein „Drogenpavillion“ nicht nur mit dem Aufenthalt von Drogenabhängigen im Pavillion selbst verbunden, sondern führt zu einer Konzentration von Drogenabhängigen und möglicherweise auch von Dealern sowie zu Beschäftigungseriminalität in einem größeren Radius um diese Einrichtung.“

Die Erklärungen der StudentInnen konnte oder wollte der Dekan Prof. Dr. Heinz Neuser allerdings dann doch nicht verstehen. Die StudentInnen forderten daraufhin verständlicherweise seinen Rücktritt, sie konnten ja auch nichts Konstruktives bei ihm lernen.

Auch in einigen anderen sozialen Einrichtungen wunderte man sich über die Haltung des Dekans. Das blieb allerdings nicht ohne Folgen, leider im wesentlichen für die StudentInnen.

Die Leitung der *Psychiatrischen Klinik Gilead* in Bethel stellte zunächst die Zusammenarbeit mit der *Fachhochschule Bielefeld* ein, d. h. es werden keine Praktikumsplätze zur Verfügung gestellt, keine Beratung durchgeführt und keine Diplomarbeiten begleitet. Der *Kreis 74*, das *IBZ*, das *Antidiskriminierungs Büro* und der *Bielefelder Flüchtlingsrat* werden der *Fachhochschule Bielefeld* zunächst für ein Jahr keine Praktikumsplätze zur Verfügung stellen.

Toni



Staatlichen Rassismus stoppen! Flüchtlingsrechte erkämpfen!

Das war das Motto der Demonstration am 14. Februar in Legden. Ein Bündnis aus regionalen Antifa- und Antirassismusgruppen, sowie Zeitungs-, Radio- und einer Infoladengruppe, rief auf, den Widerstand der Flüchtlinge gegen die rassistische und entwürdigende Ausgabe von Freßpaketen zu unterstützen. Rund 200 DemonstrantInnen waren nach Legden gekommen, um ein Bleiberecht für alle, die Anerkennung von sexualisierter und patriarchaler Gewalt als Fluchtgrund von Frauen und Geld statt Sachleistungen zu fordern.

Seit dem 1.6.1997 ist die Änderung des *Asylbewerberleistungsgesetz* (AsylbLG) gültig. Diese Änderung besagt, kurz zusammengefaßt, daß es Kommunen und Gemeinden offen steht, Leistungen an Flüchtlinge in Form von Bargeld/Gutscheinen oder aber in Sachleistungen auszuführen. Es ist somit eine weitere Verschärfung der Situation für Flüchtlinge geschaffen worden.

Rassistischer Normalzustand

Auch in Legden zeigt sich der rassistische Normalzustand. Legden ist eine idyllische Gemeinde im Münsterland mit ca. 6.200 EinwohnerInnen und liegt etwa 8 km von Ahaus entfernt. Im Mai '97 beschloß der Rat der Gemeinde mit großer Mehrheit, den Flüchtlingen, die Leistungen nach dem AsylbLG beziehen, statt Gutscheinen Lebensmittelpakete zu verordnen. Legden war auch die erste Gemeinde, die die umstrittene Gutscheinpraxis einführte. Die Legdener Vorreiterrolle der Abschreckungspolitik wurde dannach in vielen Städten und Gemeinden als Praxis übernommen. Erneut übernahm jetzt die Gemeinde damit die Funktion eines zweifelhaften Pilotprojektes in NRW. Die *Münsterland Zeitung* kommentierte die Entscheidung wie folgt: „Daß die Umstellung von Gutscheinen auf Sachleistungen, mit der die Gemeinde keine Einsparung erzielt, Probleme mit sich bringen würde, sei bekannt gewesen, so Gemeindedirektor Kampmann, ‚trotzdem halte ich diese Lösung für besser.‘ Sie fördere sowohl die Erwerbsbereitschaft der Betroffenen als auch die Ausreisebereitschaft der abgelehnten Asylbewerber“. Hier zeigt sich die mangelnde Sachkenntnis, denn Flüchtlinge müssen lange auf ihre Arbeitserlaubnis warten, und wenn sie nach ihren Möglichkeiten Schwarzarbeit annehmen, ist das ja auch wieder keinem recht und es droht ihnen eine sofortige Abschiebung.

Geld statt Freßpakete

Am 1.8.1997 wurde die Sachleistungsregelung in Legden eingeführt. Die Pakete sollen einen Gegenwert von 25 DM haben, ihr tatsächlicher Wert beträgt allerdings nur ca. 13,70 DM.

Zusammengestellt werden sie von einer Versorgungsfirma in Bayern und der Inhalt mutet eher wie eine Lebensmittelrestesammlung, denn als Vollverpflegung an. In einem der Pakete fand sich z.B. ein verfaulter Salatkopf, eine Konserve, die das Verfallsdatum überschritten hatte, Hering in Aspik, Reis, Speisestärke, Gehacktes, ein Fertignudelgericht und 2 Liter Mineralwasser für vier Tage. Erwachsene, mit Ausnahme von schwangeren Frauen, bekommen grundsätzlich kein Obst. Abgesehen von der willkürlichen Zusammenstellung der Pakete wird auf Ernährungsgewohnheiten, z.B. vegetarisch oder schweinefleischfrei, keine Rücksicht genommen. Nach den ersten Paketen verweigerten die Flüchtlinge jede weitere Annahme und lebten von den kargen 80,- Taschengeld.

Im Oktober stimmte der Hauptausschuß der Gemeinde für eine Beibehaltung der Sachleistungsregelung. Aufgrund der Verschlechterung der Lebenssituation der Flüchtlinge ist ein großer Teil der Flüchtlinge jedoch gezwungen, die Pakete anzunehmen.

Zwei Familien, die ihren Protest fortsetzen, wurde im November '97 ihre Mietwohnungen durch die Gemeinde gekündigt. Die Unterbringung der rund 20 Personen soll in zwei je 30 qm kleinen Wohncontainern erfolgen. Die zynische Begründung lautete: sparen. Durch die Tatsache, daß der Unterhalt der Container teurer ist als der Unterhalt der Mietwohnung, stellt sich die Frage woran gespart werden soll. Offensichtlich geht es nicht um die Geldersparnis, sondern um eine

Disziplinierungsmaßnahme für aufmüpfige Flüchtlinge. In dieser Hinsicht ist die Gemeinde Legden äußerst großzügig. Im Januar '98 drohte sie, den Flüchtlingen die die Annahme der Pakete weiterhin verweigern, das ihnen zustehende Taschengeld zu kürzen oder zu streichen, wenn sie ihren Widerstand nicht aufgeben würden.

Interesse versus Ignoranz

Bei der dreistündigen Demonstration wurde deutlich, daß der größte Teil der BewohnerInnen Legdens hinter der rassistischen Politik der Gemeinde steht. Reaktion von einem vorbeieilenden Rentner war die bekannte Aufforderung: „*Geht arbeiten*“, auch der Hinweis der DemonstrantInnen, daß es sich um einen Samstag handle, rief bei ihm nur ein Abwinken hervor. Andere Kommentare waren: „*ich muß arbeiten, und habe keine Zeit*“ sprach und fetzte den ohnehin schon lupenreinen Hauseingang, oder „*viele der DemonstrantInnen kommen doch gar nicht aus Legden*“. Was hier auf den ersten Blick wie eine Rechtfertigung für eine nicht geführte Auseinandersetzung aussieht ist auch eine. Sie zeigt die Ignoranz für die Situation der Flüchtlinge, die im Legden zusammen mit UnterstützerInnen gegen die staatlich legitimierte Abschottungs- und Abschreckungspolitik und für eine Verbesserung ihrer Lebenssituation kämpfen.

Toni



Grüne KDP-Connection

Am 17.02.1998 besetzten Braunschweiger, Magdeburger und Bonner AntifaschistInnen einige Zeit die Bundesgeschäftsstelle von *Bündnis 90/Die Grünen* in Bonn. Sie forderten eine sofortige Freilassung eines Braunschweiger Antifaschisten, der in Südkurdistan (Nordirak) von der *Demokratischen Partei Kurdistans* (KDP) angeschossen und gefangen genommen wurde. Weiterhin forderten die BesetzerInnen eine Einstellung der Zusammenarbeit der Grünen mit der KDP.

Wie erst jetzt bekannt geworden ist, befindet sich seit dem Dezember '97 der Braunschweiger Antifaschist in Südkurdistan (Nordirak) in den Händen der KDP. Die KDP des Feudalherren Masud Barzani ist in der Vergangenheit immer wieder durch Folter, Vergewaltigung und Morde an Kriegsgefangenen und an der Zivilbevölkerung bekannt geworden. Hatte sie sich noch 1996 mit Saddam Hussein verbündet, um gemeinsam gegen die *Patriotische Union Kurdistans* (PUK) vorzugehen, so kämpft sie heute zusammen mit der türkischen Armee gegen die PKK und versucht KurdInnen an der Flucht Richtung Westen zu hindern.

Um das Leben ihres Genossen und eine mögliche humanitäre Lösung nicht zu gefährden, verzichteten Braunschweiger Antifas, das *Antifaschistische Plenum* und die *Jugend Antifa Aktion*; bisher auf eine Veröffentlichung der Meldung. Ein vergebliches Bemühen! Denn noch bevor ein Austausch oder eine Übergabe des gefangenen Braunschweigers ausgehandelt werden konnte, berichtete der *Focus* in einen Artikel über den deutschen Antifaschisten. In der Ausgabe vom 16.02.98 schreibt der *Focus*, daß die KDP den Braunschweiger wegen bewaffneter Rebellion und mehrfachen Mordes anklagen will. In derselben Ausgabe gibt das Hochglanzmagazin, wiederholt durch die Degradierung der PKK zur Ausbildungsstätte einer neuen deutschen RAF-Elite auf gefallen, mit der Aussage „*lebenslänglich Kerker oder Tod durch Erschießen*“ die Richtung des Verfahrens vor. Nachdem diese Behauptung sogleich von der türkischen Presse aufgegriffen worden ist, ist der Braunschweiger Antifa direkt von der Todesstrafe bedroht.

Hintergrund des Artikels ist eine von Teilen *Bündnis 90/ Die Grünen*, u.a. Michael Vesper und

Siggi Martsch, für den Februar geplante Geheimdelegation zur KDP, an der auch ein *Focus*-Team teilnehmen sollte. Die Delegation platzte, da das Vorhaben innerhalb der Grünen bekannt geworden und auf massive Kritik gestoßen ist. Wie aus einem internen Papier Michael Vespers an den Bundesvorstand der *Grünen* hervorgeht, ist die Delegation jedoch lediglich verschoben.

Der NRW-Bauminister Vesper pflegt seit längerer Zeit gute politische und wirtschaftliche Beziehungen zur KDP. Unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe fördert das Land NRW Projekte der KDP, wie z.B. der Ausbau der „*Barzan-Road*“, die auf der einen Seite der KDP entscheidende wirtschaftliche und militärische Vorteile, auf der anderen Seite der türkischen Armee eine Möglichkeit für schnelle Vorstöße auf kurdisches Gebiet verschaffte.

Die geplante Delegation sollte dazu dienen, um über weitere Finanzhilfen des Landes NRW für das KDP-Regime zu beraten.

Mit der Unterstützung der Grünen für die als Folterregime bekannt gewordene KDP zeigt sich einmal mehr, daß die von ihnen vor sich her getragenen Prinzipien, wie z.B. Menschenrechte, nichts anderes als ein Lockmittel sind, um ein kritisches WählerInnenpotential an die Wahlurne zu locken.

gd

Pressemitteilung des AJZ

Brand in der Heeper Straße

In der Nacht von Samstag, den 28.2. auf den 1.3.1998 hat es in Bielefeld in der Heeper Straße 134 gebrannt. Gegen 1.30 Uhr bemerkten BewohnerInnen des Hauses den Qualm und alarmierten über Rufe die anderen BewohnerInnen. Wegen starker Rauchentwicklung war das Verlassen der Wohnungen über das Treppenhaus nicht mehr möglich. Da die Telefone nicht funktionierten, riefen sie aus dem Fenster um Hilfe und baten BesucherInnen des benachbarten AJZ, die Feuerwehr zu rufen. Bis zum Eintreffen der Feuerwehr kletterte die Familie aus der Erdgeschosswohnung ins Freie; die Kinder aus dem ersten Stock wurden aus dem Fenster gelassen und unten von einem betroffenen Familienvater und AJZ-BesucherInnen aufgefangen. Des weiteren wurden eine Frau und ihr Sohn, die im Treppenhaus verzweifelt um Hilfe riefen, von einer AJZ-Besucherin herausgeholt. Während die Feuerwehr die Menschen aus dem oberen Stockwerk evakuierte und mit den Löscharbeiten begann, wurde das *Infocafé Anschlag* für die Betroffenen als Aufenthaltort zur Verfügung gestellt. Zwei Frauen wurden ins Krankenhaus gebracht und die restli-

chen ca. 35 Personen, von denen es sich bei mehr als der Hälfte um Kinder und Säuglinge handelt, mußten medizinisch, mit Decken und Getränken versorgt werden. Die Rettungssanitäter waren sehr um das körperliche und psychische Wohl – vor allem der Kinder – bemüht.

Ansonsten wurden die freiwilligen HelferInnen mit der Versorgung und Betreuung der Betroffenen eher allein gelassen.

Die Feuerwehr hatte den Brandherd im Keller schnell unter Kontrolle, sie war dann darum bemüht, den Qualm aus den Wohnungen zu pumpen und festzustellen, ob der Strom wieder angestellt werden kann und die BewohnerInnen in ihre Wohnungen zurück konnten.

Der Einsatzleiter der Feuerwehr war sehr darum bemüht, Verständigung und Koordination mit den Betroffenen herzustellen. Die Polizei war im wesentlichen damit beschäftigt, die Heeper Straße mit zwei Fahrzeugen abzusperren und mit zwei Beamten festzustellen, ob die Familien vollständig und vor allem, wer der Eigentümer des Hauses ist. Wer dann die Feuerwehr angerufen hat, fanden sie auch sehr spannend.

Auskünfte von den Betroffenen aber interes-

sierten weniger.

Brandsachverständige guckten sich dann noch kurz den Ort des Geschehens an. Zur allgemeinen Verwunderung wurde das Brandhaus allerdings nicht abgesperrt – die Eingangstür stand sperrangelweit auf. An der Außentreppe zur kapputten Kellertür befindet sich ein Absperrband. Der Brandherd wurde offen zugänglich von der Polizei verlassen.

Später tauchte ein Herr des Ordnungsamtes der Stadt Bielefeld auf. Nachdem gegen ca. 3.00 Uhr endgültig klar war, daß die BewohnerInnen erst einmal nicht in das Haus zurück können, entstand die Frage der Unterbringung. Nur durch massiven Widerspruch seitens der UnterstützerInnen konnte die Umsetzung der pragmatischen Lösung, nämlich die Männer an einen, die Frauen an einen anderen Ort und Kinder weiß nicht wo unterzubringen, verhindert werden. Unserer Einschätzung nach war es für die Betroffenen zunächst wichtig, mit allen zusammen zu sein, nach so einer traumatisierenden Erfahrung. Daß die Familien nach einem solchen Ereignis zusammenbleiben wollen und müssen, dürfte unbestritten sein.

Plötzlich waren alle weg: Polizei, Feuerwehr, Sanitäter – und der Mann vom Ordnungsamt war unterwegs zur Unterkunftsuche. Die Sanitäter mußten ihre Decken mitnehmen und im Infocafé saßen 35 Brandopfer teilweise im Nachthemd und barfuß, die nicht wußten, wie es weitergeht.

Nach einer guten halben Stunde tauchte der Mann vom Ordnungsamt wieder mit der Information auf, daß es für eine der Familien eine Unterkunft in der Beckhausstraße gebe und sie sich da jetzt hinbegeben könnten. Die Frage nach dem wie wurde mit einem knappen „zu Fuß“ beantwortet.

Opfer einer Brandkatastrophe, spärlich bekleidet und mit Kleinkindern auf einen Fußmarsch quer durch die Stadt zu schicken, fanden die UnterstützerInnen und die Betroffenen unzumutbar. Ein Bekannter, der die tamilischen Personen bei sich aufnehmen wollte, erbot sich zunächst, eine kurdische Familie in die Beckhausstraße zu fahren. Damit waren eine kurdische Familie und einige der tamilischen Menschen untergebracht.

Der Herr vom Ordnungsamt machte sich wieder auf den Heimweg und kam nicht wieder. Die UnterstützerInnen fühlten sich mit den restlichen zwei Familien alleingelassen, riefen Polizei, Rotes Kreuz, Bethel und andere Stellen an und versuchten privat Unterbringungsmöglichkeiten zu organisieren. Gegen kurz nach 5.00 Uhr kam die erlösende Information, daß die Familien bis Montag in einer Notunterkunft in Brackwede unterkommen können. Da mittlerweile keine privaten PKW mehr zur Verfügung standen und irgendgeartete öffentliche Transporte wohl nicht vorhanden waren, entschlossen sich die UnterstützerInnen, Taxis zu bezahlen, damit die Familien die Chance hatten, irgendwann auch zur Ruhe zu kommen.

Gerade in den letzten Monaten häufen sich Brandfälle, in denen Mehrfamilienhäuser betroffen sind. Wenn alle Jubeljahre mal ein Haus brennt oder mal eine Kleinfamilie betroffen ist, lassen sich die Probleme ad hoc lösen. Der offensichtlich veränderten Situation muß mit grundsätzlichen Lösungskonzepten begegnet werden. Aus den gemachten Erfahrungen ergeben sich für die UnterstützerInnen die folgenden Überlegungen und Forderungen:

- ständige Bereithaltung eines Hauses für Opfer von Bränden
- Einrichtung einer Struktur, die z.B. die Versorgung mit Decken, Getränken, Essen, Fahrzeugen und die psychosoziale Betreuung gewährleisten kann. Die BetreuerInnen sollten mit Kontakttelefonnummern von DolmetscherInnen und SeelsorgerInnen ausgestattet sein
- Auch eine Folgebetreuung der Opfer sollte gewährleistet sein.

Abschließend möchten wir die Frage aufwerfen, was passiert wäre, wenn wir uns nicht zu den Opfern verhalten hätten. Wir bezweifeln sehr, daß mit ihnen insgesamt angemessen und würdevoll umgegangen worden wäre. Einerseits ist unser Verhalten menschlich selbstverständlich. Andererseits kann es aber nicht Aufgabe einer ansonsten bekämpften Linken sein, städtisches Fehlverhalten zu korrigieren. Nicht das Leisten unbezahlter Bildungs- und Sozialarbeit ist unser Ziel, sondern die grundsätzliche Veränderung ✪ unserer Gesellschaft. ✪

ArbeiterInnen Jugend Zentrum ✪

Veranstaltung mit Inge Viett

Unterhaltung oder Inspiration?

Wie zu erwarten, erfreute sich diese Veranstaltung am 17.2. in der Uni – trotz Semesterferien – einer regen Teilnahme. So eine Ex-Terroristin live und in Farbe hat offensichtlich einen besseren Unterhaltungswert als ein Vortrag zur Existenz bewaffneter kämpfender Frauen und einem Film, der die Existenz von kleinem und großen Frauenwiderstand in Uruguay und der BRD seit den sechziger Jahren aufzeigt.

Eingedenk der Realitäten, daß politische Inhalte heutzutage eher unattraktiv sind, war der Versuch, dieselben mittels eines Events einer Persönlichkeit zu transportieren, sicher ne gute Idee.

Mit ihrem Buch „Nie war ich furchtloser“ und ihren Lesereisen befriedigt Inge Viett anscheinend Publikumsbedürfnisse. Je nach Veranstaltungsort und der damit angesprochenen Klientel sind diese aber recht unterschiedlich. Vom Bildungsbürgertum über Alt-68er, bis hin zu Feministinnen und „Linken“ aller Schattierungen. Entsprechend breit gefächert sind die Erwartungshaltungen: da soll entweder rüberkommen, daß der bewaffnete Kampf allgemein, zumindest aber die RAF scheiße war, das Ringen um bessere Verhältnisse entweder in der parlamentarischen Demokratie

oder wahlweise in der ehemaligen DDR am besten zu realisieren ist, Widerstand keinen Zweck hat, oder aber eben doch notwendig ist oder Rezepte für die Reorganisation der „Linken“ und Ort und Zeit für die Revolution bekanntgegeben werden. Entscheidend dürfte die Grundhaltung der KonsumentInnen sein, sind sie interessiert, offen und neugierig, wollen sie „Promigucken“, oder sich Bestätigungen für ihre vorher gefaßten Meinungen abholen.

Erfahrungsgemäß läuft der Frage- und Diskussionsteil nach Vorträgen und Lesungen eher schleppend an. Wir von der AG feministische Politik werfen uns deswegen vor, dem nicht Rechnung getragen und ein paar Fragen vorbereitet zu haben. Wobei es fraglich ist, ob dadurch eher eine gemeinsame Diskussion stattgefunden hätte, oder ob es ansonsten auch bei dem verbalen Schlagabtausch zwischen zwei Männern geblieben wäre.

Nichtsdestotrotz wurden einige durch die Veranstaltung inspiriert, sind neugierig geworden. Wollen für sich und mit anderen weitergucken ✪ und -reden. Allein dafür hat es sich gelohnt. ✪

AG feministische Politik ✪

FrauenLesbenbereich auf dem Südcamp zwischen Ahaus und Coesfeld

Ahaus. In diesem gekennzeichneten Bereich ist absolut männerfreie Zone. Dieser Campenteil wird ein abgeschlossener Bereich sein, in dem FrauenLesben ihre Zelte aufstellen können, eine Teeküche und ein Plenumszelt vorhanden sind. Es ist wichtig, daß ihr den Campbereich mitgestaltet und mitträgt. Wir wollen auf jeden Fall gewährleisten, daß immer FrauenLesben in dem Bereich sind, den wir als Schutzraum für alle FrauenLesben, die am Castor-Widerstand teilnehmen verstehen. Die Handy-Nummer, unter der wir durchgehend erreichbar sein werden, wird noch bekanntgegeben.

Eröffnungsplena sind am Samstag, den 21.3. um 18 Uhr und Sonntag, den 22.3 um 18 Uhr. Kommt zahlreich und bringt eure Freundinnen mit.

FrauenLesben bildet Banden,
Ziele sind genug vorhanden! ✪ ✪ ✪



Antifaschistische Demonstration in Saalfeld

Saalfeld. Für den 14. 3. ruft ein Bündnis aus Antifagruppen, parlamentarischen Parteien und Gewerkschaften zum zweiten Mal zu einer bundesweiten Demonstration in Saalfeld auf.

Das diesjährige Motto „*Gegen jeden rechten Konsens – Antifaschismus läßt sich nicht verbieten! Stoppt faschistische und rassistische Übergriffe!*“ bezieht sich zum einen auf die konkrete politische Situation in Saalfeld, unter anderem der „akzeptierenden Jugendarbeit“ mit rechtsradikalen Jugendlichen, und andererseits auf das Verbot der im Oktober '97 geplanten antifaschistischen Demonstration und die Versuche, den antifaschistischen Widerstand zu kriminalisieren.

Damals hatten Nazikader der NPD/JN eine Gegendemonstration angemeldet, was das sozialdemokratisch geführte Thüringer Innenministerium dazu veranlaßte, eine „*Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung*“ zu erkennen und die antifaschistische Demonstration vom Landratsamt verbieten ließ. Das Verbot wurde mit dem Einstz von mehreren tausend PolizistInnen gewaltsam durchgesetzt. Trotzdem gelang es rund 1500 Antifas, an mehreren Orten gegen das Verbot zu protestieren und auch eine Autobahn zu blockieren.

Das Saalfelder Bündnis vermutet ein erneutes Aufgehen der Taktik der Sicherheitsbehörden, da die NPD bereits wieder eine Gegendemonstration angemeldet hat. Die örtlich zuständigen Behörden haben daraufhin die AnmelderInnen der antifaschistischen Demonstration aufgefordert, den Auftakt der Demonstration um eine Stunde vorzuverlegen, damit sie zum gleichen Zeitpunkt wie der Naziaufmarsch beginne. Außerdem wurde den AnmelderInnen in „Kooperationsgesprächen“ mitgeteilt, daß sie, würden sie die vom Ordnungsamt vorgeschlagene Demo-Route, die die Saalfelder Innenstadt gerade einmal streift, nicht akzeptieren, mit Sicherheit auf ein Verbot der Demonstration zählen könnten.

Das Saalfelder Bündnis kündigte an, mit allen juristischen Mitteln gegen die zu erwartenden schikanösen Auflagen vorzugehen.

gd

Castor-Alarm im Münsterland

Münster. Voraussichtlich am 21.3. werden in Münster mit einer Demonstration die Aktionen gegen den bevorstehenden Castor-Transport nach Ahaus beginnen. Unter dem Motto „*Wir stellen uns gemeinsam quer*“ soll so auch im Münsterland der Preis für die Einlagerung von Atommüll in die Höhe getrieben werden. „*Ahaus darf keine Hintertür zur Atommüll-Entsorgung werden! Wir werden massenhaft demonstrieren und Widerstand leisten – auch in Ahaus.*“

Die Demonstration findet in jedem Fall am Samstag vor dem Transport statt. Sollte der Transport nicht, wie zur Zeit angenommen wird, am 26. März stattfinden, verschiebt sich möglicherweise auch die Demonstration. Aktuelle Informationen gibt es im Internet unter www.unimuenster.de/GruenesHSB/CastorNix oder im Münsteraner *Umweltzentrum* unter der Nummer 0251 - 52 11 12.

gd

Grüne Idealbesetzung

Münster. Für den größten Einsatz der nordrhein-westfälischen Polizei mit vermutlich 20.000 Beamten wird er verantwortlich sein, und das stellt Hubvert Wimber vor eine große rethorische Herausforderung. Denn Wimber ist einerseits Polizeipräsident von Münster und als solcher dafür zuständig, daß der Castor-Transport Ende März sicher in das Zwischenlager Ahaus gelangt, andererseits ist der 48-jährige Mitglied der Grünen, und als solches hält er den Transport für eine „*politische Provokation*“.

Und so übt sich Wimber als Meister des Zwar-aber: Zwar gelte es, das Grundrecht der Demonstrationenfreiheit auch „*in der Nähe und in Sichtweise der Transportstrecke*“ zu schützen, aber es wäre blauäugig, die Schienen „*als Aktionsraum für demonstrative Anlässe*“ freizugeben. Zwar sei in der Nähe des Zwischenlagers ein „*grundsätzlich versammlungsfreier Raum*“, aber im Einzelfall könnten auch dort angemeldete Demonstrationen stattfinden. Zwar solle, wer die Schienen besetzt, nur weggetragen, nicht weggeprügelt werden, aber im Einzelfall entscheiden die Abschnittsleiter der Polizei über Schlagstockeinsatz, etc. etc.

Für die praktische Umsetzung seines rethorischen Spagats ist Wimber ohnehin nicht zuständig. Als Verwaltungsbeamter wird er am Tag X keine Befehle erteilen. Er habe vor allem im Vorfeld dafür zu sorgen, daß die Stimmung nicht zu feindlich wird. Diese Rolle ist mit einem Grünen freilich ideal besetzt.

jungle world

Termin Kalender

11.3.: Internetcafé • 19.30 Uhr • Frauenkulturzentrum • Am Zwinnger 16 • Bielefeld

13.3.: Funk-Paaardie mit Mo Funk, Flaps, Annegret • 22 Uhr • AJZ • Heeper Str. 132 • Bielefeld

14.3.: **Bundesweite Demonstration: „Gegen jeden rechten Konsens - Antifaschismus läßt sich nicht verbieten! Stoppt faschistische und rassistische Übergriffe!“** • 15 Uhr • **Bahnhofplatz • Saalfeld**

15.3. und 5.4.: Frühstücksbrunch • 11-15 Uhr • Infocafé Anschlag • Heeper Str. 132 • Bielefeld

15.3.: Ausstellung: 25 Jahre autonomes Jugendzentrum • 16 Uhr • Villa Kunterbunt • Winkelstraße 14 • Bünde

21.3.: **Castor-Alarm im Münsterland: „Wir stellen uns gemeinsam quer“ • Demonstration** • 12 Uhr • **Hauptbahnhof • Münster**

21.3.: Ska-Core mit Looking Up und Practical Joke • 22 Uhr • AJZ • Bielefeld

24.3.: „Lesben mit Kinderwunsch“ • Informationsveranstaltung des Frauenbildungswerkes • 20 Uhr • Frazze • Bielefeld

24.3.: The Make Up und Bugs Known Best • ??? • 22 Uhr • AJZ • Bielefeld

27.3.: Solidisco für das JZ Oerlinghausen • 23 Uhr • AJZ • Bielefeld

28.3.: Konzert mit Neurotic Arsholes + Support • 22 Uhr • AJZ

Vorankündigung:

25 Jahre ArbeiterInnenjugendzentrum

Vorschau:

4.4.: Wishmopper + Support

5.4.: Kino

11.4.: Tag der offenen Tür

12.4.: Mittagsbrunch in der Kneipe

Regelmäßige Termine

Montags • Frauen- und Lesbenkneipe • 20 Uhr • AJZ • Heeper Str. 132

Mittwochs • Treffen der Neue A-Klasse – Bielefelder Aktionsbündnis gegen Armut und Erwerbslosigkeit • 18 Uhr • Perspektive • August-Bebel-Str. 58 • Bielefeld

Termin Kalender

GEGENDRUCK fördern!

Um auch 1997 weiterbestehen zu können, braucht GEGENDRUCK viele neue AbonnentInnen. Daher bestelle ich die nächsten sechs Ausgaben!

..... Exemplare für DM

6 x 1 Exemplar kostet DM 10,-
6 x 2-5 Exemplare kosten DM 25,-
6 x 6-10 Exemplare kosten DM 40,-
6 x 11-50 Exemplare kosten DM 50,-

Das Geld habe ich bar / in Briefmarken beigelegt.

Diesen Coupon ausschneiden und abschicken an:
Redaktion GEGENDRUCK
August-Bebel-Str. 16-18
33602 Bielefeld